

Interviews mit kommunalen Vertretern

„Alle verstehen sich als Verantwortungsgemeinschaft“

Von Beate Krol

Das zentrale Ziel bei der Förderung von armen Kindern ist, sie so stark zu machen, dass sie trotz schwierigerer Umstände ihren Weg machen. Resilienz stärken, heißt das im Fachjargon. Aber auch eine Stadt kann sich als resilient erweisen: Lübeck hat trotz hoher Schulden einen großen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gemacht. Dr. Beatrix Hahner betreut im Fachbereich Kultur und Bildung im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ das Thema „Bildungsübergänge“.



Die Stadt hat 2006 einen Sozial- und Armutsbericht erstellt mit dem Ergebnis, dass 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen arm sind. Wie sieht die Zahl heute aus?

Beatrix Hahner: Das können wir noch nicht sagen. Die Lübecker Bürgerschaft hat zwar unmittelbar nach dem Erscheinen des Berichts den Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ angestoßen. Bis sich dessen Wirkung messen lässt, wird es aber noch etwas dauern.

Was passiert bei „Aufwachsen in Lübeck“?

Beatrix Hahner: Die Grundidee ist, dass die Verwaltung herausarbeitet, welche Faktoren zu einem gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beitragen, und daraus konkrete Maßnahmen abgeleitet. Dabei gilt, dass präventive Angebote Vorrang vor Reparaturen haben und dass sich alle als eine Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Also dass Schule, Jugendhilfe und ehrenamtliches Engagement zusammen spielen.

Was heißt das in der Praxis?

Beatrix Hahner: „Aufwachsen in Lübeck“ ist als Beteiligungsprozess durchgeführt worden. Das heißt, es gab mehrere Veranstaltungen, zu der alle Partner eingeladen wurden. Parallel dazu wurden Arbeitsgruppen gegründet, von denen einige verwaltungsintern besetzt waren, bei anderen haben Kollegen aus der Verwaltung und freie Träger zusammen gearbeitet. Sowohl der Armutsbericht als auch der zuvor über Stiftungen und bürgerliches Engagement initiierte Prozess „Zukunft Lübeck“ haben die Gründung des Lübecker Bildungsfonds ermöglicht. Außerdem haben wir Familienzentren umsetzen können und mehrere Grundschulen werden zu so genannten Lebens- und Lernorten.

Beim Lübecker Bildungsfonds können Lehrkräfte und Erzieherinnen Förderanträge zusammen mit den Eltern ausfüllen. Wenn sie die Eltern nicht erreichen, dürfen sie den Antrag aber auch selbst ausfüllen. Hat da die Verwaltung nicht aufgeschrien?

Beatrix Hahner: Das ist natürlich schon ein recht unbürokratischer Weg, der auf Vertrauen basiert. Andererseits wäre es fatal, wenn ein Kind, das von den Eltern nicht unterstützt wird, keine Leistung erhält. Die Stichproben haben zudem gezeigt, dass das Vertrauen in die pädagogischen Fachkräfte berechtigt ist. Die Mittel wurden ordnungsgemäß verwendet. Es ist ja auch so, dass die Erzieherinnen und Lehrer die Kinder neben den Eltern am besten kennen.

Wie passt das Bildungs- und Teilhabepaket in dieses System?

Beatrix Hahner: Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sieht vor, dass Eltern die Wege haben und es mehrere Ansprechpartner an unterschiedlichen Stellen gibt. Nach den Erfahrungen mit dem Bildungsfonds ist klar, dass das in Lübeck so nicht laufen kann. Die Senatorin hat deshalb der Verwaltung den Auftrag erteilt, dass das Bildungs- und Teilhabepaket wieder eine Bringstruktur werden muss, d. h. dass sich alle beteiligten Behörden dienstleistungsorientiert und kundenfreundlich im Sinne der Kinder und der antragstellenden Eltern verhalten. Hier können wir glücklicherweise die Strukturen des Bildungsfonds nutzen und das BuT über die bekannten Wege abwickeln. Kinder dürfen nicht stigmatisiert werden. Politiker, wie der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, unterstützen das.

Wie gehen Sie als Verwaltung dabei vor?

Beatrix Hahner: Zum einen führen wir Gespräche mit dem Jobcenter: Was sind die Vorteile des Bildungsfonds und warum möchten wir, dass auch beim Bildungs- und Teilhabepaket die Kitas und Schulen erste Ansprechpartner sein können. Zum anderen bieten wir Schulungen für Erzieherinnen und Lehrkräfte an, damit sie das Bildungs- und Teilhabepaket mit seinen bürokratischen Vorgaben übernehmen können und ein ordnungsgemäßes Abarbeiten der Behörden untereinander sicherstellen. Das ist nicht ganz einfach, denn man darf die Erzieherinnen und Lehrkräfte auch nicht mit Aufgaben überfrachten.

Es ist erstaunlich, dass die Erzieherinnen und Lehrkräfte dieses Hin und Her überhaupt mitmachen.

Beatrix Hahner: Wenn die Verwaltungsspitze und die Politik dahinter stehen, können es auch alle anderen zu einem wichtigen Teil ihrer Arbeit machen. Möglicherweise trägt zu der positiven Stimmung aber auch bei, dass die Stadt beim Bildungsfonds gesagt hat: Entscheiden Sie! Das ist schließlich auch eine Aufwertung der Tätigkeit.

Wie wird „Aufwachsen in Lübeck“ weiter gehen?

Beatrix Hahner: Lübeck ist seit 2009 eine Lernen-vor-Ort-Kommune, das heißt, dass ein durchgängiges Bildungssystem für alle Altersgruppen entstehen soll. Da können wir die Ergebnisse aus „Aufwachsen in Lübeck“ fortschreiben. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen und Kitas weiter stärken. Dank des Landes und der Possehl-Stiftung haben wir insgesamt 280.000 Euro im Jahr zur Verfügung und konnten daraus 16 Projekte fördern. Das beschäftigt mich sehr stark.